

Ausgebremst

Das sogenannte „Pionier Quartier Speyer“ – ein angedachtes rund 52,6 Hektar großes Wohn- und Gewerbegebiet teilweise auf Otterstadter Gemarkung – spaltet die Gemüter: Die Mitglieder des Verbandsgemeinderats Rheinauen haben in ihrer Sitzung am Donnerstagabend den Beschluss über eine Absichtserklärung zu dem Projekt vertagt. Doch der Vorschlag kam nicht zum ersten Mal.

VON NADINE KLOSE

WALDSEE/OTTERSTADT. Lothar Daum, Otterstadter Ratsmitglied der BIO-Fraktion, war als Zuschauer zur Verbandsgemeinderatssitzung gekommen. Als das Gremium entschieden hatte, den Beschluss zu vertagen, stand er auf, ging aus dem Saal und lachte. Es war ein Lachen mit etwas Hohn – aber nicht wegen der Entscheidung des Verbandsgemeinderats. Im Gegenteil, die begrüßt er euphorisch. Sondern wegen dem, was sich eine Woche zuvor abgespielt hat.

Seine Frau, BIO-Sprecherin und Otterstadter Ortsbürgermeisterkandidatin Birgid Daum, hatte im Otterstadter Rat genau denselben Vorschlag gemacht: Die Entscheidung über die Absichtserklärung vertagen und den neu gewählten Ortsgemeinderat über das Thema entscheiden lassen. Der BIO-Vorschlag war mit einer Mehrheit von Teilen der CDU und der FWG abgelehnt worden. Die Landwirte Theo und Werner Böhm (CDU) sowie Yannick de Santis (SPD) hatten sich enthalten, BIO und der fraktionslose Jürgen Zimmer waren für die Vertagung (wir berichteten).

Otterstadt hat dem Projekt größtenteils zugestimmt

Bei dem geplanten Projekt geht es um 40 Hektar Gewerbe- und rund 12,6 Hektar Wohnbaufläche. Letztgenanntes liegt ausschließlich auf Speyerer Gemarkung. Die 40 Hektar Gewerbefläche wären zu etwa zwei Drittel auf Otterstadter Gebiet – teilweise auf dem und rund um das Gelände der ehemaligen Kurpfalzkasernen sowie nördlich der Kreisstraße 23 zwischen B 9 und der Landesstraße 534.

Der Ortsgemeinderat Otterstadt hat der Idee in einer Absichtserklärung vergangene Woche größtenteils zugestimmt – gegen die Stimmen von BIO und dem fraktionslosen Jürgen Zimmer, die Brüder Böhm enthielten sich.



Angedacht: Die Äcker zwischen der ehemaligen Kaserne (helle Gebäude im Hintergrund), der Waldseer Straße (links) und der K 23 in Richtung „Wappenkreisel“ sollen für Wohnbau und Gewerbebetriebe erschlossen werden. Zudem sehen die Pläne vor, dass die Äcker nördlich der K 23 (rechts) zum Gewerbegebiet werden. ARCHIVFOTO: LENZ

Nun sollte der Verbandsgemeinderat Stellung beziehen.

Otto Reiland, Bürgermeister der Verbandsgemeinde (CDU), erzählte von einem Gespräch mit Landwirten, die mit den Plänen nicht einverstanden seien, weil ihre Äckerflächen versiegelt und das Landschaftsbild maßgeblich verändert würden. Reiland blickte auch zurück auf seine Jugend, als es zum Beispiel noch keine Autobahn, keine zahlreichen Seen im Binsfeld, keine dortige

Wohnbaufläche, keinen Wasserübungsplatz und keine Sandgrube Heberger gegeben habe. Damit wollte der 69-Jährige deutlich machen, wie sich das Landschaftsbild in den vergangenen 60 Jahren verändert habe. „Ich will mich nicht beklagen, sondern will es nur vor Augen führen“, sagte Reiland und schlug vor, die Entscheidung zu vertagen und dem neu gewählten Verbandsgemeinderat zu überlassen. Zumal der Bedarf an 50 Hektar Gewerbe-

flächen, mit dem Speyer für das Projekt wirbt, laut Reiland nicht bestätigt ist. Derzeit laufe eine Untersuchung der Metropolregion Rhein-Neckar, deren Ergebnis noch nicht vorliege. Das untermauere, dass die Zeit nicht drängt, sagte Reiland.

Es gibt noch Gesprächsbedarf, sagen die Sprecher der Fraktionen
Der Tenor in den kurzen Statements der Fraktionsvorsitzenden im Ver-

KOMMENTAR

Zeichen gesetzt

VON NADINE KLOSE

Der Verbandsgemeinderat hat mit seinem Beschluss, die Entscheidung zum „Pionier Quartier Speyer“ zu vertagen, ein Zeichen gesetzt.

Das geplante Gewerbegebiet ist ein Großprojekt, bei dem 40 Hektar Fläche für Firmen versiegelt werden sollen. Das ist eine Dimension, die das Landschaftsbild für immer prägen wird. Das Projekt ist umstritten, nicht nur bei Landwirten, sondern auch bei Bürgern. Es gibt noch viele Unsicherheiten, was ein solches Projekt mit sich bringen würde – an Verkehr, an Auswirkungen auf bestehende Betriebe, an Kosten für Otterstadt und die Aufteilung der möglichen Gewerbesteuer. Der Verbandsgemeinderat hat klug gehandelt und die Entscheidung vertagt. Die neu gewählten Ratsmitglieder sollen mit weiteren Informationen entscheiden, wie sie zu dem Projekt stehen. Das ist auch ein Zeichen gegenüber der Stadt Speyer, dass der Rat sich nicht überrennen lassen will. Dieses Zeichen hätte sich so mancher eigentlich vom Otterstadter Ortsgemeinderat gewünscht.

bandsgemeinderat war gleich: Sie stimmten dem Vorschlag zu, die Entscheidung zu vertagen. Es gebe noch einen erheblichen Informations- und Gesprächsbedarf; das sei eine weitreichende Entscheidung, die mit Ruhe bedacht werden sollte. Birgit Reichert (SPD), Otterstadts Ortsbeigeordnete, gab zu, dass nichts überstürzt werden müsse und betonte, dass die Ortsgemeinde Otterstadt in ihrer Absichtserklärung festgeschrieben habe, dass der

Teil des Gewerbegebiets nördlich der K 23 kritisch gesehen werde und die Landwirte adäquaten Ersatz für ihre Flächen erhalten müssten.

Neuhofens Ortsbürgermeister Ralf Marohn (FDP) sieht in dem Projekt Chancen und Risiken. Chancen, da die Gewerbesteuer für Otterstadt eine gute Einnahmequelle sein könnte. Risiken, weil Landwirte in ihrer Existenz bedroht werden könnten. Für ihn als Ortsbürgermeister ist es wichtig, dass das Projekt keine Auswirkungen auf die anderen Ortsgemeinden in der Verbandsgemeinde hat. Reiland sagte, dass ihm von der Regionalplanung zugesagt worden sei, dass ein solches Gewerbegebiet keine Auswirkungen auf die künftige Ausweisung von Gewerbegebieten in den anderen Orten habe. Abschließend sagte Marohn, dass es eine Entscheidung Otterstadts sei, „ob es ein Riesengebiet als Eingangstor zum Ort haben will“.

Einzig die Grünen lehnten das Projekt aus Naturschutzgründen von vornherein ab, die Vertagung der Entscheidung trugen sie aber mit.

In der Absichtserklärung, über die der Rat hätte abstimmen sollen, steht, dass die Verbandsgemeinde, wie die Stadt Speyer und die Ortsgemeinde Otterstadt, die Planungsziele unterstütze, weiterentwickeln und sich hinsichtlich der weiteren Umsetzungsschritte beraten lassen wolle.

Die Verbandsgemeinde ist bei dem Projekt im Boot, weil sie für den Flächennutzungsplan zuständig ist. Dieser wird gerade neu erstellt. Der Plan zeigt zum Beispiel, wo in der Verbandsgemeinde Wohn- und wo Gewerbeflächen ausgewiesen werden dürfen. Bezüglich des angedachten Gewerbegebiets habe jedoch die Ortsgemeinde Otterstadt Planungshoheit, betonte Reiland. Das bedeutet, dass sie entscheidet und vorgibt, wie mit dem Projekt auf ihrer Gemarkung umgegangen werden soll.